

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz über die elektronische Verwaltung im Land Brandenburg (Brandenburgisches E-Government-Gesetz - BbgEGovG) - Drucksache 6/8728 vom 11.05.2018

Qualifizierungsstrategie und Standards für die Umsetzung des E-Government-Gesetzes sichern

Der Landtag stellt fest:

Das Brandenburgische E-Government-Gesetz bildet die Grundlage, um die Arbeits- und Kommunikationsprozesse der öffentlichen Verwaltung weiter zu verbessern. Nur so kann das Land den im Zuge der Digitalisierung wachsenden Ansprüchen von Bürgerinnen, Bürgern und der Wirtschaft an elektronische Verwaltungsdienste gerecht werden.

Damit dieser Umbau gelingen kann, müssen Organisations- und Personalentwicklung von vornherein eng verschränkt und in ein umfassendes Veränderungsmanagement eingebettet sein. Dieses muss die Mitbestimmung der Beschäftigtenvertretungen ebenso gewährleisten wie partizipative Ansätze der Arbeitsgestaltung.

Die weitere Modernisierung gelingt, wenn die einzelnen Beschäftigten dabei unterstützt werden, die Kompetenzen für neue, digitalisierte Formen der Arbeit zu erwerben. Die Beherrschung von IT-Anwendungen ist dabei nur ein Baustein unter vielen. Die Fähigkeit zur Organisation der eigenen digitalisierten Arbeit, gewandelte Kommunikationskompetenzen oder auch der Umgang mit veränderten Entscheidungsspielräumen sind weitere Bausteine. Nicht zuletzt in Bereichen, die bisher nur wenig von IT-gestützter Arbeit durchdrungen waren und sich im Zuge der Digitalisierung deutlich wandeln, wird auch die frühzeitige Vermittlung grundlegender Digitalkompetenzen von entscheidender Bedeutung sein.

Die verschiedenen Rollen von Behörden im Digitalisierungsprozess haben unterschiedliche Bedarfe nach passgenauer Qualifizierung. Dies gilt nicht zuletzt für die Führungskräfte. Auch ihnen kommt eine maßgebliche Rolle bei der erfolgreichen Gestaltung neuer digitaler Verwaltungsarbeit zu.

Der technische und arbeitsorganisatorische Fortschritt erfordert neben den bewährten auch neue Formen der Qualifizierung im öffentlichen Dienst des Landes. Längst ist die kollegiale Unterstützung zu einem wesentlichen Erfolgsfaktor für die Vermittlung von Digi-

Eingegangen: 13.11.2018 / Ausgegeben: 13.11.2018

talkompetenzen geworden. Es wird darauf ankommen, diese zu fördern und durch weitere Elemente des Lernens im Prozess der Arbeit zu ergänzen.

Der Landtag möge beschließen:

Um die Bedingungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Umsetzung des E-Government-Gesetzes zu gewährleisten, wird die Landesregierung aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Einrichtung einer ressortübergreifenden „Vernetzungsstelle E-Government-Kompetenz“ noch in dieser Legislaturperiode. Mit einem solchen Ansprechpartner ist von Beginn an das Wissensmanagement zwischen den Landesbehörden bezüglich der Strategien und Konzepte zu sichern, mit denen diese die digitalisierte Arbeit gestalten, Kompetenzen entwickeln und Verwaltungsinnovation fördern.
2. Erarbeitung von ressortübergreifenden Professionalisierungsstrategien für Verwaltungsbedienstete im behördlichen IT-Management.
3. Festlegung von Qualitätsstandards für IT-Projekte in der Landesverwaltung hinsichtlich der Qualifizierungsplanung, des Anforderungsmanagements, der Gebrauchstauglichkeit, des Veränderungsmanagements und der Beteiligungsstrategie. Im Vorfeld sollten die Gewerkschaften und Berufsverbände der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beteiligt werden.
4. Prüfung, inwieweit unter Beachtung der Vorgaben des Datenschutzes zugunsten der Bürgerinnen und Bürger eine Mehrfachverwendung personenbezogener Stammdaten in dem zu errichtenden Landesserviceportal durch die Behörden des Landes, der Kommunen und sonstige der Aufsicht des Landes unterstehende juristische Personen des öffentlichen Rechts möglich ist (Prinzip des „once-only“). Hier sind datenschutzfreundliche Lösungen zu prüfen, etwa die Vorhaltung eines Stammdatensatzes lokal bei der Bürgerin oder dem Bürger und deren Übertragung an Behörden über Schnittstellen.
5. Bei der Auswahl der elektronischen Zahlungsmöglichkeiten ist der hohen Bedeutung des Datenschutzes gebührend Rechnung zu tragen.

Ferner wird die Landesregierung gebeten, zu folgenden Handlungsfeldern wie folgt aktiv zu werden:

1. Prüfung der Einrichtung eines Kompetenzzentrums, das Landesbehörden und die Kommunen dabei berät und unterstützt, eigene Fähigkeiten auszubauen und zu entwickeln, um digitalgestützte Arbeitsprozesse und die Organisationsentwicklung zu gestalten.
2. Prüfung, wie Qualitätssicherungs- und Controllinginstrumente zur Gewährleistung der Einhaltung der Qualitätsstandards für IT-Projekte in der Landesverwaltung etabliert werden können. Hierbei sollen auch beteiligungsorientierte Instrumente wie Beschäftigtenbefragungen berücksichtigt werden.
3. Überprüfung des bestehenden Laufbahnrechts und der Anforderungsprofile dahingehend, wie die Bedeutung jener Kompetenzen stärker gewürdigt werden kann, die für die Steuerung und Gestaltung der Arbeit in der digitalisierten Verwaltung grundlegend sind.

4. Überprüfung der Aus- und Fortbildungsprogramme für Personal-, Organisations- und IT-Verantwortliche sowie für Führungskräfte, wie diese den Kompetenzerwerb im Prozess der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken können.

5. Überprüfung, wie das geltende Personalvertretungsrecht und seine Anwendung optimiert werden können, um Personalvertretungen verstärkt Gelegenheit zu geben, ihre Kompetenzen hinsichtlich der Gestaltung des digitalen Wandels weiter zu vertiefen.

6. Wissenschaftlich unterstützte Identifizierung von Tätigkeitsgruppen in der Landesverwaltung, in denen

- bisher nur ein untergeordneter Einsatz von IT stattgefunden hat,
- mit einem erheblichen Wandel der Anforderungen zu rechnen ist oder
- mit einem mittelfristigen Rückgang des Personalbedarfs im Zuge der Verwaltungsdigitalisierung zu rechnen ist, auch um eine „Qualifizierungsstrategie für Wandelbereiche“ zu erarbeiten.

Die Gewerkschaften und Berufsverbände der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind einzubinden.

Begründung:

E-Government ist keine rein technische Herausforderung, sondern betrifft alle in der Verwaltung arbeitenden und die Verwaltungsdienstleistungen nutzenden Menschen. Qualifizierung und Offenheit für Veränderungen sind essentielle Erfolgsfaktoren für E-Government. Es kommt darauf an, dass die Verwaltung diese Erfolgsfaktoren aus eigener Kraft sichern kann. Dies dient auch dazu, die Wirksamkeit der erheblichen Investitionen in E-Government und die Qualität der elektronischen Verwaltungsdienstleistungen zu sichern. Aus diesem Grund ist die Einhaltung der zeitgemäßen Standards der Qualifizierungsplanung, Personalentwicklung und des frühzeitigen und umfassenden Veränderungs- und Beteiligungsmanagements mittelfristig auch Voraussetzung für eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der eingesetzten Mittel.